

Geschäftsführung:  
Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,  
Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung der Stadt Lüdenscheid**

**am 13.03.2025**

**im Ratssaal**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz:**

Ratsherr Christoph Weiland CDU

#### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	anwesend ab 17:04 Uhr
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	Vertretung für Herrn Kallweit
Ratsherr Thomas Kruber	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	Vertretung für RH Ferber
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	
Ratsherr Jens Voß	SPD	
Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	
Frau Valeria Klette	CDU	
Herr Sören Miossec	Bündnis 90 / Die Grünen	
Herr Frank Tielke	DIE LINKE.	
Herr Florian Wüllner	FDP	

#### **Beratende Mitglieder Integrationsrat**

Herr Konstantinos Titokis Internationale  
Liste der SPD

#### **Verwaltung:**

Erster Beigeordneter Fabian Kessler	
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus	
Herr Andreas Hein	anwesend bis 18:15 Uhr
Frau Sabine Weichler	
Frau Victoria Ripka	anwesend bis 18:15 Uhr

#### **Schriftführung:**

Frau Juliane Wolter

#### **Abwesend:**

### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsherr Fabian Ferber	SPD
Ratsherr Daniel Kahler	CDU
Herr Philipp Kallweit	SPD

Beginn: 17:01 Uhr

Ende: 18:53 Uhr

Der Vorsitzende, Ratsherr Weiland, eröffnet die heutige öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung (BFV), zu der form- und fristgerecht mit Schreiben vom 27.02.2025 eingeladen wurde.

### **1. Öffentliche Fragestunde**

---

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

Ausschussvorsitzender Weiland weist darauf hin, dass zu TOP 9 der heutigen Sitzung (Antrag der CDU-Fraktion; Vorbereitung der Einführung einer Verpackungssteuer) seitens zweier Bürger bzw. Betroffener die Möglichkeit zur mündlichen Äußerung gewünscht worden sei. Dem werde im Rahmen der Beratungen zu TOP 9 über eine Sitzungsunterbrechung nachgekommen, um die mündlichen Ausführungen im Sachzusammenhang hören zu können.

Mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

### **2. Berichts- und Beschlusskontrolle**

---

Ausschussvorsitzender Weiland erläutert, dass der aktuelle Stand der laufenden Aufträge und Anfragen aus der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt ersichtlich sei. Zur Prüfung der Einführung einer Verpackungssteuer lägen unter TOP 9 der heutigen Sitzung ein Antrag der CDU-Fraktion sowie diesbezügliche Informationen der Verwaltung vor. Im Rahmen der Einführung des digitalen und interaktiven Haushalts würden kurzfristig die Zahlen des Entwurfs des Jahresabschlusses 2022 online zur Verfügung gestellt. Die übrigen enthaltenen Anträge, Anfragen und Aufträge, zu denen teils in vergangenen Sitzungen bereits Zwischenstände präsentiert wurden, befänden sich aktuell noch in der Bearbeitung. Anmerkungen oder Fragen zur Berichts- und Beschlusskontrolle ergeben sich anschließend nicht.

### **3. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2025, Bildungsgang Sozialassistenten für die OGS Vorlage: 038/2025**

---

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

- a) Zum 01.08.2025 wird ergänzend zur bisherigen Planung ein Platz für den zusätzlich eingerichteten Ausbildungsgang „Sozialassistent mit dem Schwerpunkt Erziehung, Bildung und Betreuung für Grundschulkinder“ eingerichtet und besetzt. Die Finanzierung erfolgt für das Jahr 2025 durch nicht besetzte Stellenanteile im FD Schule und Sport (40), für die Jahre ab 2026 wird die Ausbildungsplanung um diesen Platz erweitert.
- b) Für das Ausbildungsjahr 2025/2026 wird ein zusätzlicher Platz für die Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten im dritten Ausbildungsjahr eingerichtet. Die Finanzierung erfolgt durch nicht besetzte Stellenanteile im FD Personal (11).

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11

**4. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2026, Feuer- und Rettungswache  
Vorlage: 037/2025**

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2026 werden folgende Ausbildungsplätze bereitgestellt:

Notfallsanitäter*innen	6 Plätze (4 Plätze davon voraussichtlich in berufsbegleitender Form)
Brandmeisteranwärter*innen	5 Plätze
Brandoberinspektoranwärter*innen	1 Platz

Die benötigten Haushaltsmittel sind entsprechend bereitzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

**5. Verlagerung der Stabsstelle Veranstaltungsmanagement  
Vorlage: 022/2025**

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

**6. Beteiligungsbericht 2023**  
**Vorlage: 280/2024**

---

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

**7. Umstrukturierung der Beteiligungsverwaltung; hier: aktueller Stand**  
**Vorlage: 018/2025**

---

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

**8. Aktueller Sachstand zur Grundsteuerreform**  
**Vorlage: 045/2025**

---

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt das Wort an Stadtkämmerer Sven Haarhaus, welcher seit Erstellung des vorgelegten Berichts gewonnene neue Erkenntnisse darlegt:

- Nach dem zwischenzeitlichen Versand der Bescheide für die Grundbesitzabgaben kam es wie erwartet zu einem erhöhten Anrufaufkommen mit Bezug zur Grundsteuer. In den meisten Fällen wird der im Bescheid ausgewiesene Grundsteuerwert und damit der Grundlagenbescheid des Finanzamts hinterfragt. Hier kann von städtischer Seite nur an das Finanzamt verwiesen werden. Neben dem erhöhten Aufkommen an Fragen wurden bislang auch deutlich mehr Widersprüche als sonst üblich eingereicht (aktueller Stand rd. 160), die sich zu rd. 90% ebenfalls mit der Grundlagenbewertung des Finanzamts befassen. Diesen Widersprüchen kann die Stadt nicht abhelfen und muss sie zurückweisen. Dem sollte bereits über ein allen Grundbesitzabgabenbescheiden und auch dem vorgelegten Bericht beigefügtes Beiblatt begegnet werden, in welchem die jeweiligen Zuständigkeiten aufgeführt sind. Über einen darin auch aufgeführten Antrag auf fehlerbeseitigende Wertfortschreibung kann eine Korrektur des Bewertungsbescheids beim Finanzamt beantragt werden. Bei dortiger Änderung des Grundsteuerwerts wird auch der Grundsteuerbescheid der Stadt – je nach Korrekturdatum des Finanzamts rückwirkend oder für die Zukunft – angepasst.

- Weitere Fragen und Widersprüche befassen sich mit der Höhe der Hebesätze; im Übrigen wird bezweifelt, dass die Stadt nicht mehr einnimmt als vor Umsetzung der Reform. Die Hebesätze wurden hingegen bekanntermaßen so festgelegt, dass die avisierte Aufkommensneutralität erreicht wird. Nach ersten Auswertungen liegt das städtische Grundsteueraufkommen sogar unterhalb des vorherigen Standes.

Aufgrund des beschriebenen erhöhten Arbeitsaufkommens im Bereich der Grundsteuer bittet Stadtkämmerer Haarhaus abschließend um Verständnis für derzeit entsprechend erhöhte Wartezeiten für die Bearbeitung von Anliegen auch aus den übrigen Arbeitsbereichen des Teams Steuern und Gebühren.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt anschließend einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Ausführungen über den aktuellen Sachstand zur Grundsteuerreform und das weitere Verfahren bezüglich der Grundbesitzabgabenbescheide werden zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

#### **9. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2025; Mehr Sauberkeit für Lüdenscheid / geringere Kosten für die Müllentsorgung (Vorbereitung der Einführung einer Verpackungssteuer)**

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt das Wort an die sachkundige Bürgerin Frau Valeria Klette, welche zur Antragsbegründung vorträgt. Anschließend geht Frau Sabine Weichler (Fachdienstleitung Finanzen, Steuern und Beteiligungen) auf die verwaltungsseitig zum Antrag eingestellten Hintergrundinformationen und zu berücksichtigenden Aspekte ein.

Frau Weichler geht auf Zielsetzung und Umsetzung der Steuereinführung bei der Stadt Tübingen ein und hebt anschließend anhand mehrerer Beispiele die Schwierigkeit der Abgrenzung steuerpflichtiger und nicht steuerpflichtiger Fälle und den sich hieraus ergebenden Aufwand für die steuerpflichtigen Betriebe hervor. Bezüglich der auch von Frau Klette angesprochenen Ertragslage bezieht sie sich auf die nach Information der Stadt Tübingen seit 2022 eingegangenen Steuererträge von rd. 1,4 Mio. € und betont unter Berücksichtigung der gegenüberzustellenden Kosten für den erforderlichen Personaleinsatz in Höhe von rd. 100.000 € jährlich die sichtlich positive Haushaltsauswirkung der Steuererhebung für die Stadt Tübingen. Auch wenn das Tübinger Steueraufkommen aufgrund der unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten keine belastbaren Rückschlüsse auf ein mögliches Steueraufkommen bei der Stadt Lüdenscheid zuließe, sei auch für Lüdenscheid entsprechend von einem insgesamt positiven Einnahmeeffekt auszugehen.

Ausschussvorsitzender Weiland weist anschließend darauf hin, dass zu der Thematik eine schriftliche Bezugnahme seitens Herrn Rüter (Franchisenehmer von McDonald's Deutschland) sowie zwei Bürgereingaben nach § 24 GO NRW vorlägen. Die Bürgereingaben würden voraussichtlich in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.06.2025 behandelt; der Bürgerin Frau Monika Neuhoff und dem Bürger Herrn Lothar Brunner werde in diesem Rahmen ein Rederecht für die nähere Darstellung ihrer Eingaben zustehen. Um den anwesenden Herren Rüter und Brunner auch im Rahmen der heutigen Sitzung die Gelegenheit zur Äußerung zu geben, unterbricht der Ausschussvorsitzende die Sitzung um 17:22 Uhr.

Die Sitzung wird ab 17:35 Uhr fortgesetzt. In der sich anschließenden Aussprache bedankt sich Ratsherr Fröhling zunächst für die detaillierten verwaltungsseitigen Ausarbeitungen sowie die unterschiedlichen Positionierungen der Herren Rüter und Brunner. Er spricht sich für die Erarbeitung eines möglichst einfachen und nachvollziehbaren Steuermodells unter Einbezug der örtlichen Akteure aus. Schließlich gibt er zu bedenken, dass die dem STL entstehenden Kosten für die Entsorgung sowohl von ordnungsgemäß als auch nicht ordnungsgemäß entsorgten Verpackungsmüll von allen Gebührenden getragen würden. Die Einführung der Verpackungssteuer würde dazu beitragen, die Belastung verursachungsgerechter zu verteilen und hätte darüber hinaus einen erzieherischen Effekt.

Ratsherr Voß spricht sich unter Bezugnahme auf die befürchtete Mehrbelastung von Verwaltung, Gastronomie und Bürgerschaft im aktuell ohnehin schwierigen Umfeld gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus. Hinsichtlich der Themen Sauberkeit und Entsorgungskosten führt er an, dass sich ein verstärktes Müllaufkommen insb. im Umfeld der großen ansässigen Schnellrestaurants konzentriere. Davon ausgehend regt Ratsherr Voß an, verwaltungsseitig weitergehende Gespräche sowohl mit dem McDonald's-Franchisenehmer als auch Burger King und allen Fraktionen zu organisieren, um gemeinsam ggf. bereits laufende Maßnahmen der Akteure sowie mögliche zusätzliche Wege zur Müllreduzierung zu erörtern. Ratsherr Kruber und Herr Wüllner schließen sich den Ausführungen des Ratsherrn Voß im Wesentlichen an. Ratsherr Thielicke bemängelt, dass ausgehend von einer Vermüllung bestimmter städtischer Bereiche durch Einzelne über die Einführung einer Verpackungssteuer Unternehmen und Verbraucher in der Breite belastet würden.

Herr Miossec spricht sich dafür aus, die Einführung einer Verpackungssteuer im Zusammenspiel mit einer städtischen Förderung von Mehrwegverpackungen zu betrachten und stellt in Aussicht, sich in einer Abstimmung zu dem heute vorliegenden Antrag zu enthalten.

Herr Tielke erfragt anschließend, ob belastbare Zahlen aus Tübingen zur Veränderung des Müllaufkommens seit Einführung der Verpackungssteuer vorliegen. Ausschussvorsitzender Weiland bezieht sich auf eine Studie der Universität Tübingen. Die Abfallmengen hätten hierbei nur anhand des Gewichts erhoben werden können. Da der Verpackungsmüll im Vergleich zu anderen Müllsorten eher leicht und großvolumig sei, sei zwar kein anhand des Gewichts belegbarer Effekt festgestellt worden. Angesichts der seitens der Stadt Tübingen angegebenen Vervierfachung der Anzahl der Betriebe mit Mehrwegangebot seit Satzungsbeschluss könne aber auf jeden Fall von einer Reduzierung der verwendeten Einwegverpackungen ausgegangen werden (vgl. auch die ergänzende Information der Verwaltung und das Informationsdokument der Stadt Tübingen). Daraufhin schlägt Herr Tielke unter Bezugnahme auf den Umfang der anzustellenden Überlegungen eine Verschiebung des Antrags in den kommenden Sitzungslauf vor, in welchem in der HFA-Sitzung über die o.g. Bürgereingaben ohnehin eine Befassung mit der Thematik erfolgen wird.

Stadtkämmerer Haarhaus befürwortet die Vertagung insb. vor dem Hintergrund der seitens verschiedener Vorredner gegebenen Anregung, mit potenziell betroffenen Betrieben das Gespräch zu suchen. In diesem Zusammenhang führt er die neben der Förderung von Mehrwegverpackung erfolgte und noch andauernde umfangreiche Begleitung und Unterstützung der ansässigen Unternehmen seitens der Stadt Tübingen an. Schließlich regt er an, im kommenden Sitzungslauf auch den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz einzubinden.

Ratsherr Fröhling zeigt sich offen für den weiteren Austausch und die Suche nach einer Kompromisslösung, die auch eine Mehrwegförderung beinhalten könnte, und signalisiert die

Zustimmung der CDU-Fraktion als Antragstellerin zu der vorgenannten Vertagung. Anknüpfend an die Argumentation von Herrn Rüter während der Sitzungsunterbrechung, welcher Bedenken hinsichtlich der städtischen Kontrolle der Lebensmittelsicherheit beim Einsatz von Mehrwegverpackungen angeführt hat, stellt er die Nachfrage, ob die Lebensmittelkontrolle nicht dem Märkischen Kreis obliegen würde. Erster Beigeordneter Fabian Kessler bejaht dies.

Weitere Anmerkungen ergeben sich nicht. Ausschussvorsitzender Weiland schließt die Beratung zu dem Tagesordnungspunkt mit der Ankündigung, den Antrag der CDU-Fraktion für die nächste Sitzung des BFV am 05.06.2025 erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

**10. Einführung § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG); Grundsatzbeschluss zur zielgerichteten Vorbereitung der Anwendung der Neuregelung der Umsatzbesteuerung juristischer Personen des öffentlichen Rechts gemäß § 2b UStG ab dem 01.01.2027  
Vorlage: 040/2025**

---

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt das Wort an Stadtkämmerer Haarhaus. Dieser bezieht sich auf die mehrmalige Verlängerung der Übergangsfrist bis zur pflichtigen Anwendung der Neuregelung nach § 2b UStG. Mit den Vorbereitungen auf die Umsetzung der Neuregelung habe die Stadt bereits vor Jahren begonnen. Nach der im letzten Jahr vorgenommenen weiteren Verlängerung bis zum 01.01.2027 sei angesichts der mangelnden Konformität mit EU-Recht und der Benachteiligung von bereits auf die Anwendung des § 2b UStG umgestiegener Kommunen nunmehr keine weitere Verlängerung zu erwarten. Die Festlegung auf den fixen Starttermin 01.01.2027 per Ratsbeschluss sei für ein zielgerichtetes Vorgehen, so bspw. mit Blick auf erforderliche Software-Anschaffungen, die Betrachtung von Investitionen in künftig steuerpflichtigen Bereichen und die Koordination der Umstellung in den Fachdiensten, wichtig und förderlich.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt anschließend einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche für die Umstellung auf den neuen § 2b UStG zum 01.01.2027 notwendigen Vorbereitungen zu treffen und die damit verbundenen Präventionsmaßnahmen einzurichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

**11. Planung für die Einbringung eines erneuten Doppelhaushaltes für die Jahre 2026/2027  
Vorlage: 046/2025**

---

Ratsherr Fröhling begrüßt ausdrücklich die Planung der Verwaltung, für die Jahre 2026/2027 erneut einen Doppelhaushalt aufstellen zu wollen. Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt anschließend mit Stimmenmehrheit folgenden

**Beschluss:**

Die Planung für die Einbringung eines erneuten Doppelhaushaltes für die Jahre 2026/2027 wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Enthaltungen: 1

### **12. Haushaltsplan; hier: Zusammenlegung von zwei Produkten in der Produktgruppe 04.07. Kulturhaus Vorlage: 047/2025**

---

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Zusammenlegung der Produkte 04.07.01 „Veranstaltungen des Kulturhauses“ und 04.07.02 „Vermietungen von Räumen des Kulturhauses“ im Haushaltsplan ab dem Jahr 2026 wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

### **13. Bericht zur haushaltswirtschaftlichen Lage (mündlicher Bericht)**

---

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt das Wort an Stadtkämmerer Haarhaus.

Dieser verweist mit Blick auf das Haushaltsjahr 2024 im Wesentlichen auf den zur letzten Ratssitzung vorgelegten schriftlichen Bericht mit Stand November/ Dezember 2024. Im Rahmen der aktuell in Vorbereitung befindlichen Ermächtigungsübertragungen zeichneten sich – begünstigt durch die späte Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2024/2025 sowie die anhand des Doppelhaushalts fehlende Möglichkeit zur Neuveranschlagung für das Jahr 2025 – merkliche Belastungsverschiebungen aus dem Haushaltsjahr 2024 in das Jahr 2025 ab.

Für das Jahr 2025 könnten als im Vergleich zur Planung positive Effekte merklich erhöhte Erträge aus Schlüsselzuweisungen sowie eine auf mehrheitliches Betreiben der Kreistagsfraktionen geringer ausfallende Kreisumlage angeführt werden. Die bereits im Jahr 2024 aufgetretenen Mehrbelastungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung durch erhöhte Fallzahlen und Kosten würden sich hingegen auch im Jahr 2025 fortsetzen. Als weitere, bereits im Rat beratene Mehrbedarfe könnten Mehrkosten des STL sowie die finanziellen Auswirkungen der letzten Stellenplanänderung angeführt werden. Bezugnehmend auf den aktuellen Gesetzentwurf des Landes NRW zur teilweisen Übernahme von Altschulden der Kommunen weist Stadtkämmerer Haarhaus informationshalber darauf hin, dass die Stadt Lüdenscheid über keine Altschulden im Sinne des Gesetzentwurfs verfüge. Hingegen falle der Märkische Kreis unter die Voraussetzungen. Von einer entsprechenden Schuldendienstentlastung des Kreises könnte die Stadt Lüdenscheid somit mittelbar profitieren, sofern der Gesetzentwurf in der Form beschlossen würde. Die Liquiditätslage sei mit tagesaktuell rd. 92 Mio. € Bestand weiterhin gut. Stadtkämmerer Haarhaus weist jedoch auf die vielfach prognostizierte Verschlechterung im Vergleich zu Vorjahren hin (-10 Mio. € zum Stichtag 2024, -20 Mio. € zum Stichtag 2023). Die Zinssenkungen des EZB-Rats führten



aktuell zu rückläufigen Erträgen aus Geldanlagen, mittelfristig seien mit Blick auf die hohen anstehenden Kreditaufnahmen positive Auswirkungen zu erwarten.

Anmerkungen oder Fragen ergeben sich anschließend nicht.

---

## **14. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **14.1. Bekanntgaben**

---

#### **14.1.1. Weitere geplante Änderungen in der Produktstruktur des Haushalts**

---

Ausschussvorsitzender Weiland weist darauf hin, dass die schriftliche Bekanntgabe am Vortag in das Ratsinformationssystem eingestellt und per E-Mail versandt bzw. vor der Sitzung in Papierform verteilt wurde. Anschließend übergibt er das Wort an Frau Sabine Weichler (Fachdienstleitung Finanzen, Steuern und Beteiligungen). Diese geht insb. darauf ein, dass von den fünf beim ehemaligen Fachdienst 80 – Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften – angesiedelten Produkten zwei in Aufgaben der neugegründeten Stadtentwicklungsgesellschaft SEG aufgegangen seien. Diese und die weiteren geplanten Produktänderungen sind aus der Bekanntgabe ersichtlich. In Abgrenzung dazu bleibe das Produkt 09.01.07 – Regionale 2025 – auch in Anbetracht der Gründung der b.invest gGmbH für etwaige künftige städtisch verortete Projekte erhalten.

#### **14.1.2. Sachstand Medienentwicklungsplanung**

---

Zur schriftlichen Bekanntgabe ergeben sich keine Anmerkungen.

#### **14.1.3. Sachstand Durchführung Vergabeverfahren Fahrradleasing**

---

Ausschussvorsitzender Weiland weist darauf hin, dass die schriftliche Bekanntgabe am Vortag in das Ratsinformationssystem eingestellt und per E-Mail versandt bzw. vor der Sitzung in Papierform verteilt wurde. Es ergeben sich keine Anmerkungen.

#### **14.1.4. Sachstand Projekt "Kommunaler Nachhaltigkeitshaushalt"**

---

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt an Frau Sabine Weichler (Fachdienstleitung Finanzen, Steuern und Beteiligungen), welche einen Überblick über den Ablauf des in vorherigen Sitzungen angekündigten Projekts zur Aufstellung eines kommunalen Nachhaltigkeitshaushalts gibt:

Projektlaufzeit ist vom 01.01.2025 bis zum 30.06.2026. Zwischenzeitlich ist seitens des Koordinationsteams (Fachbereichsleitung Umwelt und Klima, Vertreterinnen des Fachdiensts Umwelt- und Klimaschutz sowie Frau Weichler für den Fachdienst Finanzen) und der das Projekt begleitenden LAG 21 NRW der Projektablauf bestimmt und ein hauptsächlich aus den Fachdienstleitungen bestehendes Kernteam gebildet worden. Heute hat die interne Auftaktveranstaltung stattgefunden. Es sollen über die Projektlaufzeit hinweg vier digitale Kernteamsitzungen stattfinden (die erste am kommenden Montag). An die Kernteamsitzungen schließen sich Workshop-Phasen in sog. Clustern (gegliedert nach Fachbereichen) an:

1. Workshop-Phase: Erarbeitung strategischer Ziele (April-Mai 2025)
2. Workshop-Phase: Erarbeitung operativer Ziele (August-Oktober 2025)

3. Workshop-Phase: Erarbeitung Kennzahlen zur Verankerung im Haushalt (Januar-März 2026)

Die letzte Kernteamsitzung findet im April 2026 statt. Die Finalisierung der Projektergebnisse schließt sich an.

Stadtkämmerer Haarhaus ergänzt, dass in der vorgenannten anstehenden Kernteamsitzung auch die Einbindung der Politik Thema sein werde.

#### **14.2. Beantwortung von Anfragen**

---

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

#### **14.3. Anfragen**

---

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

Ausschussvorsitzender Weiland beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Besucher, den Raum für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verlassen.

*gez. Weiland*

Christoph Weiland  
Vorsitzender

*gez. Wolter*

Juliane Wolter  
Protokollführerin